Entlastungsprogramm 2014

Anhang II – Dekrets- und Gesetzesvorlagen

Erläuternde Beilagen zuhanden der SpezK EP 2014 (RRB 27.1.2015)

		Nr.	Massnahme	Rechtsgrundlage	Weitere Unterlagen zu den Massnahmenblättern
Stkz	1	K-001	Verzicht auf Beitrag an die Entschädigung der Gemeindepräsidenten	Dekret über den Beitrag an die Besoldung des Gemeindepräsidiums (SHR 180.120)	– --
BD	2	K-002	Bildung eines Kompetenzzentrums Tiefbau für Kanton und Stadt Schaffhausen	*Vgl. Bericht und Antrag des Regierungsrates des Kantons Schaffhausen an den Kantonsrat betreffend «Kompetenzzentrum Tiefbau Schaffhausen» vom 9. Dezember 2014 (ADS 14-106).*	– --
BD	3	K-003	Reduktion Abgeltung Ortsverkehr	Beschluss über die Einführung des integralen Tarifverbundes Schaffhausen (FlexTax) und den Anschluss an den Zürcher Verkehrsverbund (Z-Pass) (SHR 743.110))	– Zusätzliche Erläuterungen zur Umsetzung
DI	4	K-004	Rechtsformänderung Interkantonales Labor (IKL) in selbständige öffentlich-rechtliche Anstalt	*Anpassung interkantonale Vereinbarung über eine gemeinsame Lebensmittelkontrolle (SHR 817.002) notwendig. Folgt zu einem späteren Zeitpunkt nach Absprache mit den anderen Kantonen.*	– --

DI	5	K-005	Abschaffung Liste säumige Prämienzahler	Krankenversicherungsgesetz (SHR 832.100)	– Ergänzende Erläuterungen zur Totalrevision Krankenversicherungsgesetz
DI	6	K-006	Reduktion Prämienverbilligung	Krankenversicherungsgesetz (SHR 832.100)	
DI	7	K-007	Erhöhung Vermögensverzehr IV-EL-Bezüger in Heimen	Gesetz über Ergänzungsleistungen zur AHV und IV (SHR 831.300)	– --
DI	8	K-008	IV-Heime: Generierung von KVG-Beiträgen für Pflegeleistungen	Altersbetreuungs- und Pflegegesetz (AbPG; SHR 813.500)	– Ergänzende Erläuterungen zum Altersbetreuungs- und Pflegegesetz
DI	9	K-009	Anpassungen Tarifregelung Akut- und Übergangspflege	Altersbetreuungs- und Pflegegesetz (AbPG; SHR 813.500)	
DI	10	K-010	Begrenzung Kantonsbeiträge Pflegekosten	Altersbetreuungs- und Pflegegesetz (AbPG; SHR 813.500)	
DI	11	K-011	Finanzierung Familienzulagen Landwirtschaft über Sozialfonds	Arbeitslosenhilfegesetz (AHG; SHR 837.100)	– --
ED	12	K-012	«Volksschule aus einer Hand»	Grundsatzbeschluss betreffend das Verfahren zur Umsetzung der Massnahme K-012 «Volksschule aus einer Hand» des Entlastungsprogramms 2014	–
ED	13	K-013	Einschränkungen bei schulischen Freifachangeboten (Kantonsschule)	Schulgesetz (SHR 410.100)	–
FD	14	K-014	Anpassungen der Beiträge der Städte und Gemeinden für die Leistungen der Schaffhauser Polizei	Dekret über die Anpassung der Beiträge der Gemeinden für die Leistungen der Schaffhauser Polizei	– Kostenentwicklung Schaffhauser Polizei seit 2004

FD	15	K-015	Anpassung Kantonsanteil bei Bussen natürliche Personen gegen Steuerwiderhandlungen	*Verordnung über die direkten Steuern (SHR 641.111), erfolgt durch RRB vom 27.1.2015*	– --
DI	16	K-016	Einführung einer jährlichen Abgabe auf den Handel mit Alkohol	Gesetz über das Gastgewerbe und den Kleinhandel mit alkoholhaltigen Getränken (Gastgewerbegesetz; SHR 935.100)	– --
FD	17	K-017	Verzicht Wirkungsorientierte Verwaltung (WOV) mit Einführung des neuen Harmonisierten Rechnungslegungsmodells (HRM2)	Grundsatzbeschluss betreffend dem Verzicht auf die Weiterführung der wirkungsorientierten Verwaltungsführung (WoV) im Zusammenhang mit der Einführung des Harmonisierten Rechnungslegungsmodells (HRM2)	– --
FD	18	K-018	Senkung Divisor Ehepaarsplitting von 1.9 auf 1.8	Gesetz über die direkten Steuern (SHR 641.100)	– Berechnungen Mehrertrag – Modellrechnungen – Vergleich Kantonssteuerbelastung nach steuerbarem Einkommen – Vergleich Steuerbelastung SH/ZH/TG
FD	19	K-019	Anpassung Besteuerung Kapitalabfindungen nach Art. 40 StG	Gesetz über die direkten Steuern (SHR 641.100)	– Berechnungen der Mehreinnahmen – Modellrechnungen – Vergleich Besteuerung Kapitalabfindungen Schweiz
FD	20	K-020	Quellensteuer Arbeitgeberprovision: Reduktion von 3 % auf 2 %	Gesetz über die direkten Steuern (SHR 641.100)	– --

FD	21	K-021	Reduktion Pendlerabzug	Gesetz über die direkten Steuern (SHR 641.100)	– aktueller Stand in anderen Kantonen – Modellrechnung und Auswirkungen auf Segmente – siehe auf Antwort Kleine Anfrage 12/2014 vom 23.9.2014
VD	22	K-022	Kompensation von Netto-Entlastungen bei den Gemeinden durch Steuerfussabtausch	Gesetz über die direkten Steuern (SHR 641.100)	– --

K-003	**Öffentlicher Verkehr** Reduktion Abgeltung Ortsverkehr	AF-Nr. 5-1

Erläuterungen

1. Beschreibung

Gemäss dem Gesetz über die Förderung des öffentlichen Verkehrs sind die Gemeinden für den Ortsverkehr zuständig. Dennoch leistet der Kanton Beiträge zwischen 15 und 25 Prozent an die ungedeckten Betriebskosten des Ortsverkehrs der Stadt Schaffhausen und der Gemeinde Neuhausen am Rheinfall. Mit Beschluss des Kantonsrats vom 6. April 2009 wurde dieser Wert auf 20 Prozent festgelegt, insbesondere um sicher zu stellen, dass die Tarifhoheit von der Stadt Schaffhausen auf den Kanton übergeht.

Der Kanton Schaffhausen beabsichtigt im Rahmen der Sparmassnahmen des EP 2014 den kantonalen Beitrag an den Ortsverkehr ab dem Jahr 2016 von 20 Prozent auf 15 Prozent zu reduzieren, was einer Einsparung von ca. Fr. 500‘000.-- pro Jahr entspricht.

Wirkungen in Franken	**2015**	**2016**	**2017**	**2018+**
Veränderung Nettoaufwand	0	-500'000	-500'000	-500'000
Finanzielle Be-/Entlastung der Gemeinden	0	0	0	0

2. Auswirkungen

Durch diese Massnahme fehlen den Verkehrsbetrieben Schaffhausen (VBSH) - bei unverändertem Angebot - ca. Fr. 500‘000.-- pro Jahr, welche kompensiert werden müssen. Der VBSH stehen verschiedene Möglichkeiten zur Verfügung:

- Ihre Kosten, bei gleichbleibendem Angebot, reduzieren (z.B. effizienter produzieren, Verwaltungsaufwand / Wartungsaufwand reduzieren);
- mit der Verbesserung des S-Bahn Angebots im Raum Schaffhausen prüfen, ob eine Anpassung der Leistungen der Verkehrsbetriebe Schaffhausen (VBSH) möglich wäre, die zu einer Reduktion der Kosten, z.B. durch geänderte Linienführung, führen könnte;
- Tarife erhöhen.

Die VBSH erzielte zudem in den vergangenen Jahren immer positive Unternehemnsergebnisse.

Für den Kanton Schaffhausen hat diese Massnahme keine personellen Auswirkungen.

Wenn die oben genannten Stossrichtungen nicht ausreichen, um den Fehlbetrag zu kompensieren, wird es zu einem **Abbau von Leistungen** kommen. In Absprache mit der Stadt Schaffhausen / Gemeinde Neuhausen gilt es dann, unrentable Kurse zu streichen und/oder Takte zu reduzieren. Ob und gegebenenfalls in welchem Umfang damit auch personelle Auswirkungen seitens der VBSH verbunden sind, kann derzeit nicht beurteilt werden.

3. Umsetzung

Um diese Massnahme umzusetzen, braucht es eine Änderung des Beschlusses über die Einführung des integralen Tarifverbundes Schaffhausen (FlexTax) und den Anschluss an den Zürcher Verkehrsverbund (Z-Pass).
Gestützt auf Ziff. 6 des Beschlusses des Regierungsrates vom 23. September 2014 reichte das Baudepartement am 4. Dezember 2014 die Beschlussvorlage zuhanden des Finanzdepartementes ein. Der Beschluss soll wie folgt geändert werden:

Der Kantonsrat Schaffhausen beschliesst:
I.
Der Beschluss über die Einführung des integralen Tarifverbundes Schaffhausen (FlexTax) und den Anschluss an den Zürcher Verkehrsverbund (Z-Pass) wird wie folgt geändert:
Ziff. 2.
[1] Der Staatsbeitrag an die ungedeckten Betriebskosten des Ortsverkehrs der Stadt Schaffhausen und der Gemeinde Neuhausen am Rheinfall wird gestützt auf Art. 9 Abs. 2 des Gesetzes über die Förderung des öffentlichen Verkehrs auf 15 Prozent festgelegt.
II.
[1] Gestützt auf Art. 13 Abs. 2 des Gesetzes über die Förderung des öffentlichen Verkehrs befindet der Kantonsrat abschliessend über diesen Beschluss.
[2] Der Regierungsrat bestimmt das Inkrafttreten.
[3] Der Beschluss ist im Amtsblatt zu veröffentlichen und in die kantonale Gesetzessammlung aufzunehmen.

4. Beurteilung

Ein starker ÖV ist ein wichtiges volkswirtschaftliches Argument für einen attraktiven Wohn- und Arbeitsstandort. Um die anstehenden Verkehrsprobleme zu lösen, ist ein leistungsfähiger und attraktiver ÖV notwendig, der in der Lage ist, 50 % des Mehrverkehrs aufzunehmen.

Die vergleichbaren Kantone Thurgau, Graubünden und Nidwalden beteiligen allerdings die Gemeinden tendenziell stärker an den Kosten des Ortsverkehrs.

Beurteilt man die Massnahme K-003 im Gesamtkontext der Herausforderungen in der Finanzierung des öffentlichen Verkehrs im Kanton Schaffhausen ist sie als vertretbarer Beitrag des Ortsverkehrs zur Bewältigung der Finanzierungslücke zu betrachten.

5. Empfehlungen zum Umgang mit der Massnahme

Es ist nicht die Absicht dieser Entlastungsmassnahme, dass die wegfallenden Anteile des Kantons «1:1» durch die Trägergemeinden Schaffhausen und Neuhausen kompensiert werden. Vielmehr soll möglichst viel durch Effizienzsteigerungen und Angebotsoptimierungen, notfalls durch Angebotsabbau im Sinne einer nachfragegerechten Optimierung, kompensiert werden.

Weitere Optimierungspotenziale und Effizienzgewinne (durch Optimierung bestehender Angebote, durch betriebliche Anpassungen) sollten daher geprüft werden. Es wird insbesondere Sache der Stadt Schaffhausen sein, solche Ziele zu konkretisieren und die VBSH aufzufordern, weitere Optimierungen aufzuzeigen.

Ein sinnvoller Ansatz dürfte sein, die Fahrplanproduktivität der einzelnen VBSH-Linien untereinander zu vergleichen. Für die Regionallinien stehen die Benchmarking-Werte des Bundes zur Verfügung.

Baudepartement / 27.01.2015

– *Auf dem Massnahmenblatt K-005 "Abschaffung Liste säumige Prämienzahler" (s.S. A79/A80) sowie auf dem Massnahmenblatt K-006 "Reduktion Prämienverbilligung" (s.S. A80/A81) sind als anzupassende Rechtsgrundlagen das Dekret über den Vollzug des KVG (SHR 832.110) aufgeführt. Dieses wird mit der beantragten Totalrevision KVG ersetzt und mit Art. 27 aufgehoben.*

Totalrevision des Krankenversicherungsgesetzes (SHR 832.100)

1. Ausgangslage, Ziele, Vorgehen

a) Vorgaben EP 2014:

- Reduktion Auszahlungssumme: Bundesbeitrag + 80 % Kanton/Gemeinden per 2016
- Konkret: Begrenzung der Beiträge Kanton + Gemeinden 2016 auf 18,9 Mio. Fr. (= Reduktion um 6,2 Mio. Fr. gegenüber dem ursprünglichen Finanzplan).
- Umstellung auf eine flexible Sozialziel-Definition, die eine langfristige Steuerung der Beiträge auf den Zielwert „Bundesbeiträge + 80 % Kanton / Gemeinden“ ermöglicht.
- Abschaffung „Schwarze Liste“

b) Aktualisierte finanzielle Zielsetzung

- Zwischenzeitlich haben sich auf drei Ebenen neue Erkenntnisse ergeben:
    - o die mit der Dekretsrevision 2014 erreichte Sparwirkung ist deutlich höher als erwartet (Beitragssumme 2,9 Mio. Fr. / 6,5 % unter Budget, Kantons- + Gemeindebeiträge 19,35 Mio. Fr. = 87 % der Bundesbeiträge);
    - o Der Prämienaufschlag 2015 ist höher als erwartet, was einen stärkeren Anstieg des Mittelbedarfs 2015 gegenüber 2014 bewirkt (+ 3,1 statt 2,1 Mio. Fr.)
    - o die Bundebeiträge steigen 2015 stärker an als erwartet (+ 0,3 Mio. Fr.).

- Zur Erreichung der finanziellen Ziele von EP 2014 (Beiträge Kanton + Gemeinden) sind die relevanten Kalkulationswerte wie folgt zu aktualisieren (Beträge in Mio. Fr.):

	IPV Total	Bund	Kanton + G‘den
Rechnung 2014	41,6	22,25	19,35
Prognose 2015 bereinigt	44,7	23,4	21,3
Prognose 2016 altrechtl.	46,8	24,3	22,5
Zielwert EP 2014	43,2	24,3	**18,9 Mio.**
Sparziel Vorlage neu	**- 3,6 Mio.**	**-**	

- Aufgrund des erhöhten Bundesbeitrages entsprechen die in EP 2014 definierten Zielwerte der Kantons- und Gemeindebeiträge rund 78 % (statt 80 %) der Bundesbeiträge. Die Abweichung liegt im Rahmen der Prognose-Unsicherheiten.

- Die Einsparungen, die per 2016 gegenüber der alten Regelung erzielt werden müssen, sind deutlich kleiner als ursprünglich angenommen (3,6 statt 6,2 Mio. Fr.). Dementsprechend sind die Korrekturen, die an der Berechnungsmethodik vorgenommen werden müssen, weniger einschneidend als ursprünglich befürchtet.

c) Zusammenführung von Gesetz und Dekret

- Die Trennung von Gesetz und Dekret geht auf eine Zeit des verfassungsmässigen obligatorischen Gesetzesreferendums zurück. Das Instrument „Dekret“ wurde benutzt, um obligatorische Abstimmungen zu „technischen“ Gesetzesanpassungen zu vermeiden.
- Die Vorgänge um die beiden zurückliegenden Dekretsrevisionen und die darauf Bezug nehmende Volksinitiative haben gezeigt, dass die Fixierung von politisch hoch sensiblen Eckwerten auf Dekretsstufe nicht mehr sach- und zeitgerecht ist.
- Eine formelle Zusammenführung von Gesetz und Dekret in einen integrierten neuen Erlass ist deshalb angezeigt.

2. Materielle Anpassungen Prämienverbilligung

a) Einsparungen Prämienverbilligung 2016

- Eine unmittelbare Anpassung des nominellen Prämienselbstbehaltes, der in der Volksabstimmung vom November 2012 festgelegt wurde (15 % des anrechenbaren Einkommens), soll vermieden werden.
- Das finanzielle Sparziel für das Jahr 2016 kann erreicht werden durch die Anpassung von zwei Kalkulations-Eckwerten, die im Initiativtext nicht genannt sind:
  - *Art. 11 Abs. 1 neu (§ 11 des bisherigen Dekrets):*
    Senkung Richtprämie für Erwachsene von 85 % auf 80 % der EL-Richtprämien (entsprechend den durchschnittlichen effektiv bezahlten Prämien gemäss Tabelle „Prämiensoll“ der Bundesstatistik zur Krankenversicherung);
  - *Art. 14 Abs. 3 neu (§ 13 Abs. 3 des bisherigen Dekrets):*
    Senkung des maximalen im Normalverfahren ausbezahlten Beitrages zur Prämienverbilligung von 65 % auf 60% der Richtprämie.

b) Steuerung ab 2017

- Ohne weiteres Korrekturelement würden die Kantons- und Gemeindebeiträge nach 2016 wiederum deutlich schneller anwachsen als die Prämien und die daran gekoppelten Bundesbeiträge. Als Grundlage zur Begrenzung der Wachstumsdynamik wird deshalb die folgende neue Gesetzesbestimmung vorgeschlagen:
  - *Art. 8 Abs. 3 (neu):*
    Der Kantonsrat kann den Prozentsatz des anrechenbaren Einkommens im Rahmen des Voranschlages um maximal 0,5 % pro Jahr erhöhen, wenn die vom Kanton und von Gemeinden aufgebrachten Beiträge im letzten abgeschlossenen Rechnungsjahr den Zielwert von 80 % der Bundesbeiträge erreicht haben.

- Die Regelung ermöglicht eine Reduktion des Beitragsvolumens gegenüber dem „Normaltrend“ um gut 1 Mio. Fr. pro Jahr, entsprechend ca. 4 % der aktuellen Bundesbeiträge. Damit kann mit diesem Instrument eine Stabilisierung der Kantons- + Gemeindebeiträge in der Grössenordnung von 80 % +/- 3 % der Bundesbeiträge nachhaltig gesichert werden.

3. Auswirkungen für die Versicherten

a) Senkung anrechenbare Prämie für Erwachsene auf 80 % der Richtprämie EL

- Die Senkung der Richtprämien für Erwachsene 26+ hat folgende Auswirkungen:
    - Ca. 10‘000 betroffene Personen
    - Beitragsreduktion um ca. Fr. 250 pro Person und Jahr
    - Einsparung ca. 2,5 Mio. Fr.
- Bezugsberechtigte von Ergänzungsleistungen zur AHV / IV sowie Personen, die von der Sozialhilfe unterstützt werden, sind von der Massnahme nicht betroffen.

b) Senkung des Maximalbeitrages von 65 % auf 60 % der anrechenbaren Prämie

- Die Senkung der Maximalbeiträge hat folgende Auswirkungen:
    - Ca. 4‘400 betroffene Personen (v.a. Studenten und Konkubinatspartner)
    - Beitragsreduktion um ca. Fr. 250 pro Person und Jahr
    - Einsparung ca. 1,1 Mio. Fr.
- Personen ohne Kinder sind hypothetisch betroffen bei jährlichen Reineinkommen bis ca. Fr. 20‘000 (Einzelpersonen) bzw. Fr. 30‘000 (Ehepaare). Die Beträge liegen unter den Grenzen, die Anspruch auf Sozialhilfe bzw. EL und damit auch auf maximale IPV-Beträgen eröffnet. Faktisch sind somit nur Personen betroffen, bei denen die Steuerwerte nicht mit den effektiv verfügbaren Mitteln übereinstimmen (v.a. Junge in Ausbildung und Konkubinatspartner).
- Bei einzelnen Haushalten, welche die heutigen Maximalbeiträge von 65 % beziehen und sich damit noch ausserhalb der Sozialhilfe halten können, kann die Senkung der Maximalbeträge eine Verstärkung des heute schon störenden Schwelleneffektes gegenüber Sozialhilfebezügern bewirken.
- Zur Linderung dieses unerwünschten Effekts wird in Art. 15 Abs. 3 eine Ergänzung vorgeschlagen, welche den Regierungsrat zum Erlass von Sonderbestimmungen für Personen am Rande der Sozialhilfebedürftigkeit ermächtigt. Die Einzelheiten sind auf Verordnungsstufe zu regeln.

c) Begünstigung von Familien

- Die Bundesvorgabe, bei Familien mit „unteren und mittleren Einkommen“ zumindest die Hälfte der Kinderprämien zu finanzieren, bleibt über den erhöhten Grund-Abzug beim anrechenbaren Einkommen (Art. 15 lit. a neu) bis zu den folgenden Grenzen der effektiven Einkommen (Beträge gerundet):
    - Paare mit einem Kind bis ca. 80‘000 Fr. pro Jahr
    - Alleinstehende mit einem Kind bis ca. 50‘000 Fr. pro Jahr
    - Zuschläge ca. Fr. 3‘500 pro Kind unter 18 Jahren / Fr. 8‘000 pro Kind 18/19 Jahre

4. Abschaffung der Liste säumiger Prämienzahler

a) Erfahrungen 2012 - 2014

- Die Zahl der säumigen Prämienzahler, die nach der geltenden Dekretsregelung mit Einschränkungen der Leistungsvergütung belegt sind, hat sich wie folgt entwickelt:
    - Ende 2013 87 Personen (erste Einträge)
    - Ende 2014 227 Personen
- Der administrative Aufwand für die Führung der Liste ist relativ hoch (Verarbeiten der Meldungen der Krankenversicherer, welche in unterschiedlichem Format angeliefert werden; Abklärungen mit den Gemeinden und den Krankenversicherern; Bearbeiten von Mutationen und Anfragen; usw.). Die Kosten belaufen sich auf rund 100‘000 Fr. (ca. 0,5 Personalstellen + Anteil Gemeinkosten, IT-Kosten).
- Die Erfahrungen zeigen, dass die meisten Personen, die auf der Liste geführt werden, in der Regel erst wieder von dieser genommen werden, wenn sie Sozialhilfe- oder Ergänzungsleistungen beziehen und nicht durch Begleichung der Forderungen.

b) Konsequenzen einer Aufhebung

- Die mit der Regelung angestrebte politisch-psychologische Signalwirkung („Nicht-Bezahlen von Prämien ist nicht folgenlos“) fällt dahin.
- Die reale Präventivwirkung dieses Signals wurde schon bei der Einführung des Instruments unterschiedlich beurteilt. Sie ist nicht unmittelbar messbar.
- Gemäss Art. 64a Abs. 4 KVG hat der Kanton Schaffhausen mit oder ohne Liste 85 % der durch Verlustscheine belegten Zahlungsausstände zu zahlen (1 Mio. Fr. im Jahr). Die Liste bewirkt somit Nachteile für die betroffenen Personen, aber keine unmittelbaren Einsparungen für Kanton und Gemeinden.
- Die Aufhebung der Liste hätte den Effekt, dass die Krankenversicherer wieder für sämtliche Leistungen der Bewohner im Kanton Schaffhausen zahlungspflichtig wären (keine Leistungssistierungen mehr möglich).

Anhang: Überführung Gesetz / Dekret alt - Gesetz neu

a) Überführung Gesetz alt - Gesetz neu

Gesetz alt	**Gesetz neu**	Anmerkungen
Art. 1. Abs. 1	Art. 8 Abs. 1	
Art. 1. Abs. 2	Art. 8 Abs.2 / Art. 14 Abs. 4	
Art. 1. Abs. 3	Art. 9 Abs. 1	
Art. 3	-	im Justizgesetz geregelt
Art. 2, 3a, 4, 5 und 6	-	entbehrlich / materiell überholt

b) Gesetzesbestimmungen mit wesentlichen materiellen Änderungen

Art. / Abs. Gesetz neu	**§ / Abs. Dekret alt**	Anmerkungen
8.3 / 8.4	neu	8.3: Instrument zur Steuerung der Wachstumsdynamik 8.4: redaktionelle Ergänzung gemäss bisheriger Praxis
11	11	11.1 Reduzierte Richtprämie Personen 26+ 11.2 NEU: Definierte Basis für Anpassungen bei allfälliger Systemänderung bei der bundesrechtlichen Referenzgrösse
14	13	Abs.3: Senkung des Maximalbeitrages von 65 % auf 60 %; Abs. 4: aus Gesetz alt (Art. 1 Abs.2)
15.3	-	Optionale Sonderbestimmung für Personen am Rande der Sozialhilfebedürftigkeit (Linderung „Schwelleneffekt“)
-	26 d	Verzicht auf Liste säumiger Prämienzahler

c) Gesetzesbestimmungen ohne wesentliche materielle Änderungen

Art. / Abs. Gesetz neu	**§ / Abs. Dekret alt**	Anmerkungen
Ingress	Ingress	zusätzlicher Verweis auf ATSG und AHVG
1.1.	1.1.	zusätzlicher Verweis auf Verfahren Zahlungsverzug
1.2.	neu	Verweis auf andere kantonale Gesetze mit Bezügen zum KVG
2.1	2	redaktionell ergänzt
2.2	8.1	redaktionell angepasst
2.3	1.2/8.4/26a.3	
2.4	(4)	redaktionell ergänzt
3	3 / 26	
4 - 7	4 - 7	
8.1 / 8.2	9.1 / 10	redaktionell modifiziert
9.1	Gesetz alt	
9.2 / 9.3	22.2 / 22.4	Abs. 3 + 5 alt werden neu auf Verordnungsstufe geregelt
10	9	Abs. 3 alt wird neu auf Verordnungsstufe geregelt
12 / 13	12	
15 / 16	19 - 21	
17 - 20	14 - 17	
21	23	
22 / 23	26 b / 26 c	redaktionell vereinfacht
24 - 26	24 - 26	Verweise auf ATSG ermöglichen redaktionelle Vereinfachung
-	26 e	Entbehrlich nach vollzogener Umstellung 2012

Schä 21. 1.2015

– *Auf dem Massnahmenblatt K-008 "IV-Heime: Generierung von KVG-Beiträgen für Pflegeleistungen (s.S. A81/A82) ist als anzupassende Rechtsgrundlage das Gesundheitsgesetz (SHR 810.100) aufgeführt. Die Anpassungen erfolgen jedoch mit dieser Teilrevision des Altersbetreuungs- und Pflegegesetz (Art. 1, Art. 2 Abs. 2, Art. 11).*

Teilrevision Altersbetreuungs- und Pflegegesetz (SHR 813.500)

1. Übersicht Massnahmen - Ziele - Vorgehen

a) K-008: Generierung von KVG-Beiträgen für Pflegeleistungen in IV-Heimen

- Aufnahme von Heimen für Menschen mit Behinderung auf die Heimliste nach KVG => Verrechenbarkeit von heimintern erbrachten Pflegeleistungen zu Lasten der Krankenversicherungen;
- Beizug von Spitex-Diensten für Pflegeleistungen in Heimen => Verrechenbarkeit von externen Pflegeleistungen zu Lasten KV.
- Anpassungsbedarf Gesetzesgrundlagen:
  - Altersbetreuungs- und Pflegegesetz: Ausweitung des Geltungsbereichs auf alle Altersgruppen auch im stationären Bereich (Art. 1, Art. 2 Abs. 2, Art. 11);
  - Verordnung über die öffentliche Sozialhilfe und soziale Einrichtungen: Sonderbestimmungen zur Restfinanzierung der Pflege in Heimen
  - Heimliste nach KVG: Einbezug IV-Heime gemäss neu definierten Kriterien

b) K-009: Anpassung Tarifregelungen Akut- und Übergangspflege

- Begrenzung Akut- und Übergangspflege auf den bundesrechtlichen Zeitrahmen nach KVG (14 Tage statt 60 Tage nach altem kantonalem Recht)
- Zusätzliche Patientenbeiträge + Gemeindebeiträge an die Pflegekosten
- Anpassung Altersbetreuungs- und Pflegegesetz (Art. 2 Abs. 3 / Art. 11 Abs. 1)

c) K-010: Begrenzung der Kantonsbeiträge an die Gemeinden für Alterspflegeheime

- Reduktion der Kantonsbeiträge an die Gemeinden: Begrenzung der anrechenbaren Kosten der Heime auf die normativen Restkosten der Pflege
- Anpassung Altersbetreuungs- und Pflegegesetz (Revision Art. 12 Abs. 2 + 3)

d) R-025: Schliessung Standort Pflegezentrum

- Reduktion Kapazitäten Langzeitpflege der Spitäler Schaffhausen um 23 Betten

- Anpassung Altersbetreuungs- und Pflegegesetz:
  - Klärung der Zuständigkeiten und Finanzierungsregeln für betagte psychiatrische Langzeitpatienten mit Blick auf allfällige Übertritte in kommunale Heime;
  - analoge Klärung der Zuständigkeiten bezüglich allfällige Übertritte von betagten IV-Heimbewohnern in kommunale Heime;
  - Neuregelung der Gemeindebeiträge an die Spitäler Schaffhausen mit verstärkten Anreizen für eine frühere Übernahme der Patienten in die kommunalen Heime.

2. Änderungen des Gesetzes

Art. 1 *Gegenstand*

Dieses Gesetz regelt - in Ergänzung zum Gesundheitsgesetz, zum Spitalgesetz und zum **Gesetz über die öffentliche Sozialhilfe und soziale Einrichtungen** ~~Sozialhilfegesetz~~ - die Aufgaben und Zuständigkeiten von Kanton und Gemeinden sowie die Zulassung von Leistungserbringern in den folgenden Bereichen:

a) **Betreuung von pflegebedürftigen Personen in Heimen und anderen Pflegeeinrichtungen gemäss Art. 39 Abs. 3 des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (KVG)** ~~medizinische Behandlung und Pflege von Betagten in Spitälern und Heimen~~;
b) Hilfe und Pflege zu Hause (Spitex-Dienste~~)~~ ~~für Personen aller Altersgruppen~~ ;
c) Beratung von **pflegebedürftigen Personen** ~~Betagten~~ und Angehörigen ~~und Prävention~~.

Anmerkungen

- lit. a betrifft die stationäre Heimpflege (inkl. Langzeitabteilungen von Spitälern). Die alte Formulierung ist ausschliesslich auf Betagte ausgerichtet: Mit Blick auf die jüngeren Langzeitpatienten in den Spitälern, die schon bisher nach den Regeln des AbPG administriert wurden (Psychiatrie, Hirnschlag u.a.), sowie den geplanten Einbezug einzelner IV-Heime in die Pflegefinanzierung nach KVG muss diese altersbezogene Einschränkung aufgehoben werden. Der bisherige Hinweis auf die medizinische Behandlung von Betagten ist entbehrlich geworden, nachdem die medizinische Versorgung im Gesundheitsgesetz und im Spitalgesetz übergreifend für alle Altersgruppen hinlänglich geregelt ist.
- lit. b: Nach dem Wegfall der Altersbegrenzung für den stationären Bereich muss die umfassende Zuständigkeit der Spitex-Dienste für alle Altersgruppen nicht mehr ausdrücklich erwähnt werden. Lit. b kann deshalb entsprechend gestrafft werden.
- lit. c: Eine redaktionelle Ergänzung ist aufgrund der generellen Beseitigung der Altersbegrenzung auch für die Beratung und Prävention vorgesehen.

Art. 2 Abs. 3 *Aufgaben des Kantons*

[3] Er sorgt im Rahmen seiner Spitäler oder durch Beizug anderer Leistungserbringer für bedarfsgerechte Angebote in den folgenden Bereichen:

~~a) Untersuchung, Behandlung und Rehabilitation von Personen mit spezifischen Alterserkrankungen, für die im Kanton keine anderweitigen geeigneten Leistungsangebote verfügbar sind;~~

a) (alt: b)Befristete stationäre Akut- und Übergangspflege nach Spitalbehandlungen;
b) (alt: c) **stationäre Pflege** ~~Langzeitpflege~~ von Personen, die aufgrund der Art und Schwere des Unterstützungsbedarfs (fachliche Anforderungen, medizinische Infrastruktur) in anderen Institutionen nicht angemessen betreut werden können;
c) **stationäre Pflege von Menschen mit Behinderung, inkl. weiterführende Betreuung in der angestammten Einrichtung nach Erreichen des AHV-Rentenalters, so lange ein Übertritt in ein Heim für Betagte aus medizinischen und / oder sozialen Gründen nicht möglich ist.**
d) Beratung von Heimen und Organisationen der Hilfe und Pflege zu Hause **in speziellen Belangen der Pflege, insbesondere der Palliativpflege, der Psychiatriepflege und der Demenzbetreuung;** ~~in altersmedizinischen Belangen.~~

Anmerkungen

- lit. a (alt) ist entbehrlich aufgrund der umfassenden diesbezüglichen Regelungen im Gesundheitsgesetz und im Spitalgesetz.
- lit. a (neu) und lit. b (neu) entsprechen (abgesehen von einer kleinen sprachlichen Präzisierung) den bisherigen lit. b) und c).
- lit. c (neu) klärt die Grundlagen für den Einbezug der IV-Heime in die Pflegefinanzierung. Zugleich wird die alte Sonderregelung Art. 11 Abs. 1 lit. b (alt), die ausschliesslich für Langzeitpatienten der Spitäler Schaffhausen galt, abgelöst. Neu bleiben alle Personen, die schon im IV-Alter in stationären Einrichtungen lebten, bis zum allfälligen Wechsel in ein „normales“ Altersheim in der Zuständigkeit des Kantons.
- lit d: Mit Blick auf die anstehende Schliessung des Pflegezentrums und die damit verbundene Reduktion der Langzeitpflegekapazitäten der Spitäler Schaffhausen werden die Aufgaben des Kantons bzw. seiner Spitäler bei der Beratung der Heime und Spitexdienste konkreter formuliert (explizite Nennung der Palliativpflege, der Psychiatriepflege und der Demenzbetreuung).

Art. 10 Abs. 3 *Zuständigkeit von Kanton und Gemeinden*

[3] *aufgehoben* ~~[3] Bei Organisationen der Pflege und Hilfe zu Hause mit kommunalen Leistungsaufträgen finanzieren die Gemeinden zusammen mindestens 40 Prozent der anrechenbaren Personalkosten (inkl. entsprechende Kostenanteile bei Aufträgen an Dritte~~).

Art. 10b Abs. 3, 5 und 6 *Restfinanzierung der Pflege gemäss KVG*

[3] Bei Organisationen der ambulanten Pflege mit kommunalen Leistungsaufträgen **wird die Restfinanzierung durch die auftraggebenden Gemeinden geregelt und sichergestellt.** ~~erfolgt die Restfinanzierung im Rahmen der Beiträge gemäss Art. 10 Abs. 3~~

[5] Bei Heimen ~~und Organisationen~~ mit höheren Kosten ist die Finanzierungslücke durch Zusatzbeiträge der auftraggebenden Gemeinden zu schliessen. Die Vertrags- bzw. Trägergemeinden regeln die Einzelheiten.

[6] Bei Heimen mit tieferen Kosten können die Vertrags- bzw. Trägergemeinden mit Genehmigung des zuständigen Departements tiefere Beiträge festlegen. Der Regierungsrat regelt die maximal zulässigen Abzüge gegenüber den Richtwerten gemäss Abs. 4.

Anmerkungen

- Art. 10 Abs. 3 (alt) definiert einen Mindest-Subventionssatz für die Spitexdienste mit kommunalem Leistungsauftrag. Der Wert geht materiell auf die altrechtlichen Subventionsregeln vor Einführung der Neuregelung der Pflegefinanzierung im Rahmen des KVG zurück. Unter den neuen Bedingungen schränkt er den Spielraum der Gemeinden insb. im Bereich der Haushilfeleistungen unnötig ein. Er soll deshalb aufgehoben werden.
- *Art. 10b* Abs. 3 und 5 müssen aufgrund der Streichung von Art. 10 Abs. 3 (alt) redaktionell angepasst werden.
- *Art. 10b* Abs. 6: Die Erfahrung der letzten Jahre hat gezeigt, dass die nachgewiesenen Pflegekosten pro Pflegestunde zwischen den einzelnen Heimen recht stark divergieren. Da die Richtwerte gemäss Abs. 4 nicht singulär nach der Kostenrechnung des günstigsten Heimes ausgerichtet werden können, muss eine Möglichkeit geschaffen werden, bei ausserordentlich günstigen Heimen reduzierte Beitragssätze anzuwenden. Die Reduktion darf allerdings nicht missbräuchlich zur Abwälzung von nachgewiesenen Pflegekosten auf die Heimbewohner genutzt werden. Deshalb ist ein Genehmigungsvorbehalt des zuständigen Departementes vorgesehen.

Art. 10d Abs. 2 *Zuständige Gemeinde*

[2] Der Heimeintritt einer ~~pflegebedürftigen~~ Person **mit ausgewiesenem stationärem Pflegebedarf** begründet keinen Wohnsitzwechsel.

Anmerkungen

- Bei Personen, die vor Bestehen eines erheblichen Pflegebedarfs in eine heimgestützte Alterswohnung oder in ein Pensionärzimmer eines Heimes einziehen, führte die bisherige Formulierung zu Unklarheiten / Abgrenzungsproblemen zur bundesrechtlichen Niederlassungsfreiheit. Die modifizierte Formulierung kann hier mehr Klarheit bringen (beabsichtigte Konkretisierung auf Verordnungsstufe: kein Wohnsitzwechsel ab Pflegestufe 4).

Art. 11 *Beiträge an die Spitäler Schaffhausen*

[1] In den Spitälern Schaffhausen übernimmt der Kanton die **nicht anderweitig gedeckten Kosten der folgenden Leistungsbereiche** ~~Restkosten der Pflege~~:

a) stationäre Akut- und Übergangspflege im Sinne von Art. 25a Abs. 3 des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (KVG) **bis zum 14. Aufenthaltstag** ~~während einer gegenüber dem Bunderecht verlängerten Dauer von 60 Tagen~~;

b) **Pflege von Menschen mit Behinderung im Sinne von Art. 2 Abs. 3 lit. c dieses Gesetzes** ~~bei Personen, die Aufgrund von Behinderungen, Unfällen oder chronischen Erkrankungen vor Erreichen des 70. Altersjahres dauerhaft Pflegebedürftig wurden~~.

[2] Bei anderen Pflegepatientinnen und -patienten der Spitäler Schaffhausen beteiligen sich die Gemeinden nach den Grundsätzen von Art. 10e an den Kosten. ~~Bei Personen, die primär im Rahmen der Akut- und Übergangspflege aufgenommen werden, gilt der 61. Pflegetag als Heimeintrittstag.~~

[3] **Die Gemeindebeiträge sind in jedem Falle begrenzt auf den für die Pflegestufe 12 geltenden Richtwert gemäss Art. 10b Abs. 4. Allfällige überschiessende Kosten werden vom Kanton finanziert.** ~~Bei Personen in der Zuständigkeit der Gemeinden, die in den Spitälern Schaffhausen gepflegt werden, weil kein geeigneter Platz in einem Vertragsheim der Gemeinde verfügbar ist, übernehmen die Gemeinden die vom Regierungsrat festgesetzten Restkosten der Pflege bis zu einem Höchstwert von 120 % der Richtwerte gemäss Art. 10b Abs. 4. In anderen Fällen zahlen die Gemeinden die genannten Richtwerte ohne Zuschlag.~~

Anmerkungen

- Abs. 1 lit. a ist im Sinne der EP-2014-Massnahme K-009 anzupassen. Als Konsequenz haben sich die Patienten und auch die Gemeinden bereits ab dem 15. Aufenthaltstag an den Kosten der Pflege zu beteiligen.
- Abs. 1 lit. b ist an die erweiterten Definitionen von Art. 2 Abs. 3 lit. c und d anzupassen. Bei wenigen Patienten, die zwischen dem 65. und dem 70. Altersjahr in die Spitäler SH eintreten, kann eine Zusatzbelastung der Gemeinden resultieren. Auf der anderen Seite werden die Gemeinden in anderen Institutionen entlastet (Psychiatrieheime u.a.).
- Abs. 2 alt. Der 2. Satz ist aufgrund der klaren Definition und Begrenzung der Akut- und Übergangspflege hinfällig und dementsprechend zu streichen.
- In Abs. 3 wird eine neue Obergrenze der Gemeindebeiträge an die Pflegekosten in den Spitälern SH vorgeschlagen, mit folgenden Konsequenzen:
    - Zusatzbelastungen der Gemeinden in der Grössenordnung von Fr. 30 bis Fr. 40 pro Pflegetag in den unteren und mittleren Pflegestufen;
    - Beitragsreduktion gegenüber der bisherigen Regelung in den höchsten Pflegestufen (11 und 12).

  Mit Blick auf die Schliessung des Pflegezentrums soll damit der Anreiz für die Gemeinden verstärkt werden, die Patienten früher in die eigene Obhut zu übernehmen (Heime oder Spitex-Betreuung).

Art. 12 Abs. 2 und 3 *Kantonsbeiträge an die Gemeinden*

[2] Anrechenbar sind folgende Aufwendungen der Gemeinden:

a) Beiträge an Heime, an die Spitäler Schaffhausen, an ambulante Pflegedienste und an andere zugelassene Leistungsanbieter zur Restfinanzierung der Pflegekosten gemäss Art. 25a KVG bzw. Art. 10 Abs. 1 dieses Gesetzes;

b) Beiträge an Organisationen **der Hilfe und Pflege zu Hause** ~~und Heime~~ mit Leistungsaufträgen gemäss Art. 6 dieses Gesetzes; (alt: a)

c) analoge Aufwendungen der Gemeinden für die ungedeckten Betriebskosten eigener ~~Heime und~~ Dienste **der Hilfe und Pflege zu Hause;** (alt b)

c) ~~Beiträge an die Restfinanzierung der Pflege durch weitere Leistungserbringer im Sinne von Art. 10 ff. dieses Gesetzes.)~~

[3] Nicht anrechenbar sind ~~Kosten der Gemeinden, die im Rahmen von politischen, planerischen und allgemeinen adminuistrativen Prozessen ausserhalb der eigenen Heime und klientenbezogenen Diensbereiche anfallen, sowie individuelle Sozialhilfeleistungen~~ **namentlich**

a) Beiträge an Heime, welche die Richtwerte gemäss Art. 10 b Abs. 4 dieses Gesetzes übersteigen;
b) administrative Aufwendungen der Gemeinden ohne unmittelbaren Bezug zur operativen Betriebsführung eigener Heime und Spitex-Dienste;
c) individuelle Sozialhilfeleistungen und Beiträge zur Taxverbilligung.

Anmerkungen

- Abs. 2 lit. a (neu) umfasst sämtliche Gemeindebeiträge für stationäre, teilstationäre und ambulante Pflegeleistungen nach KVG im Spitex- und Heimbereich. Damit wird die in Art. 1 lit. a bereits dargelegte Fokussierung des Gesetzes auf die Pflegeleistungen gemäss KVG betont.
- Abs. 2 lit. b / c (neu) betreffen im Wesentlichen noch die Gemeindebeiträge für Haushilfe- und Beratungsleistungen der Spitex-Organisationen mit Leistungsauftrag. Zusatzbeiträge an Heime, die über Pflegebeiträge gemäss lit. a (neu) hinaus gehen, sind dem gegenüber nicht mehr vorgesehen (gemäss EP 2014, Massnahme K-010).
- Abs. 2 lit. c (alt) wird aufgrund der neuen Formulierung von lit. a entbehrlich.
- Abs. 3: Die Änderungen bewirken in Kombination mit Abs. 2 lit. b die mit EP 2014 angestrebte Begrenzung der Kantonsbeiträge für den Betrieb von Heimen mit überdurchschnittlichen Kosten. Dies erhöht den Druck auf die Gemeinden, auf eine Kostenbegrenzung in den Heimen hinzuwirken. Gleichzeitig steigt die Bedeutung der Verpflichtung des Kantons, die Richtwerte der Pflegekostenbeiträge laufend zu prüfen und den realen Entwicklungen anzupassen (Art. 10b Abs. 3 AbPG). Daraus resultiert indirekt auch ein verbesserter Tarifschutz für die Pflegepatienten.

3. Nachkalkulation der finanziellen Konsequenzen für die Gemeinden

a) Gemeindebeiträge an die Spitäler Schaffhausen

- In der Vorlage EP 2014 (Massnahmen K-009 und R-025) sind trotz der Kapazitätsreduktion im Pflegezentrum und der damit verbundenen Patientenverlagerung keine Veränderungen der Gemeindebeiträge an die Spitäler vorgesehen.
- Die Erwartung stabiler Gemeindebeiträge (Basis 2013: ca. 1,0 Mio. Fr.) bleibt aufgrund der Vorlage realistisch: Ein Teil der Patientenverlagerungen wird kompensiert durch die frühere Beitragspflicht der Gemeinden in der Übergangspflege (ab dem 15. statt dem 61. Aufenthaltstag); zudem werden die mittleren Beiträge pro Pflegetag mit der vorgeschlagenen Neuregelung erhöht.

b) Zusatzkosten Gemeinden im Heim- und Spitex-Bereich

- Aufgrund der Pflegeheim-Schliessung und der dadurch ausgelösten Patientenverlagerungen werden gemäss Vorlage EP 2014 Zusatzbelastungen der Gemeinden im Heim- und Spitexbereich in der jährlichen Höhe von 0,6 Mio. Fr. brutto (0,3 Mio. netto nach Anrechnung der Kantonsbeiträge) erwartet
- Die Prognosewerte werden durch die Gesetzesrevision nicht tangiert. Die in der Vorlage EP 2014 genannten Annahmen zu den erwarteten Leistungs- und Kostenverlagerungen bleiben unverändert aktuell.

c) <u>Reduktion der Kantonsbeiträge an die Gemeinden im Heimbereich</u>

- Die Angaben in der Vorlage EP 2014 zu den Kostenfolgen der Massnahme K-010 auf die Gemeinden basieren (Kenntnisstand Frühjahr 2014) auf der Annahme, dass die künftig nicht mehr anrechenbaren Defizitbeiträge der Gemeinden an ihre Heime in einem Rahmen um 2 Mio. Fr. pro Jahr liegen werden (=> Kürzung Kantonsbeiträge um 50 % = 1,0 Mio. Fr. aufgrund von EP 2014).
- Die Auswertung der Heim- und Gemeinderechnungen 2013 (Basis Kantonsbeiträge 2014) hat nun gezeigt, dass die massgeblichen Defizitbeiträge um rund 1,8 Mio. Fr. über der erwarteten Summe lagen. Mit Blick auf das Umsatzvolumen der Heime von insgesamt rund 100 Mio. Fr. ist die Abweichung relativierbar. Mit Blick auf die Haushalte von Kanton und Gemeinden sowie auf die Ziele von EP 2014 ist die Differenz aber doch sehr erheblich.
- Die veränderte Ausgangslage macht eine Neubeurteilung nötig. Aufgrund der neuen Zahlen sind insbesondere die vom Regierungsrat festzulegenden Richtwerte für die normative Restkostenfinanzierung der Pflege (Art. 10b Abs. 4 AbPG) zu überprüfen. In Übereinstimmung mit der Entwicklung in anderen Kantonen zeichnet sich dabei ein Korrekturbedarf mit folgenden Konsequenzen ab:
    - Erhöhung der KVG-basierten Pflegebeiträge an die Heime, die vom Kanton nachschüssig zu 50 % mitfinanziert werden;
    - gegenläufige Reduktion der darüber hinausgehenden Gemeindebeiträge an die Heime, die als Defizitbeiträge auszuweisen sind und künftig nicht mehr subventioniert werden sollen.
- Die Kostenfolgen der nötigen Korrekturen für den Kanton und die Gemeinden können noch nicht abschliessend beurteilt werden. Im Rahmen einer ersten summarischen Schätzung werden gegenüber dem Finanzplan des Kantons (Fassung gemäss Zusatzbericht vom 23. September 2014) Abweichungen in einer Grössenordnung von je 0,5 bis 1,0 Mio. Fr. erwartet.

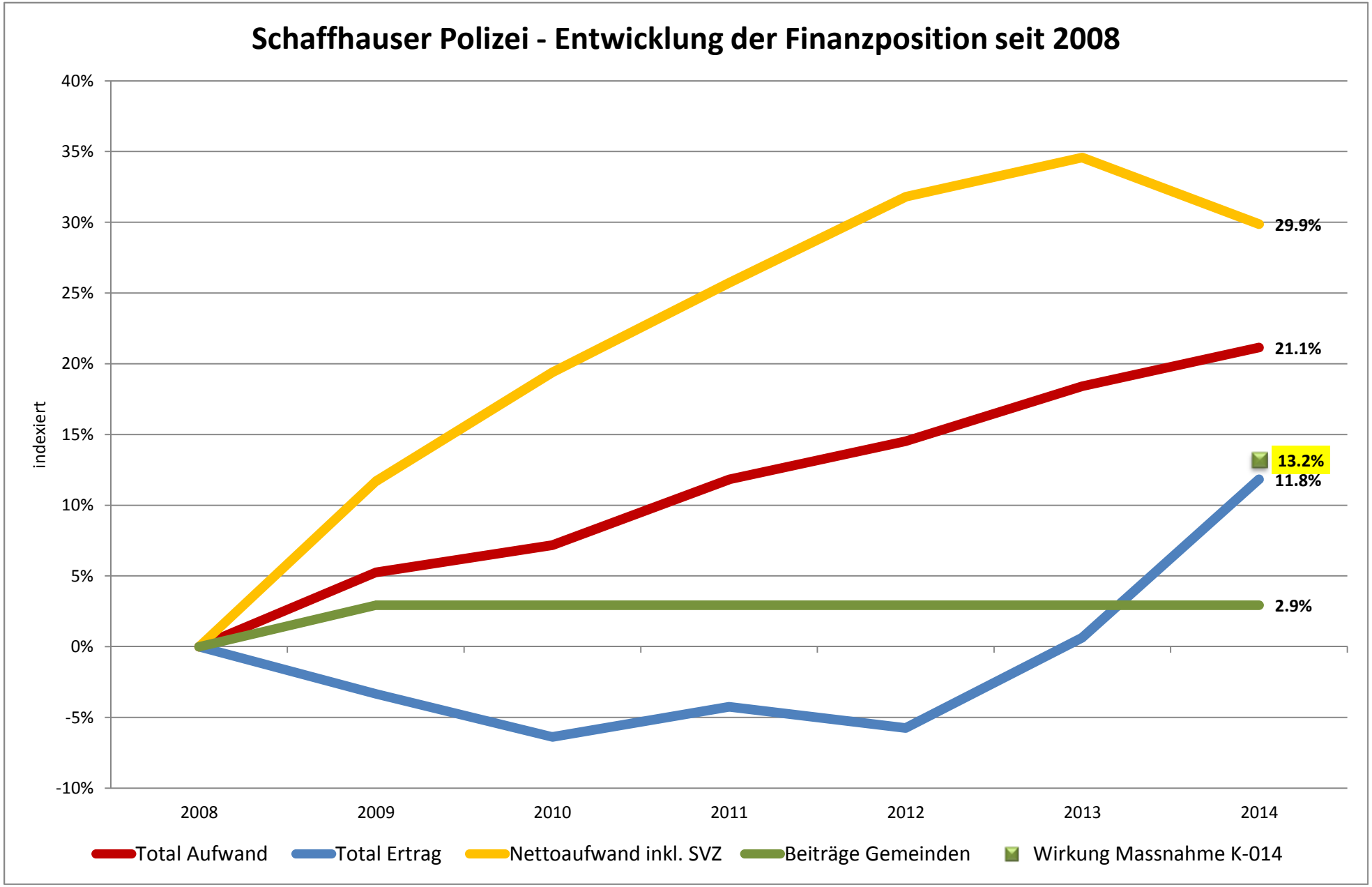
21.1.2015

Rechnung Schaffhauser Polizei - Mehrjahresvergleich — Geschäftsjahr 2004 - 2014

FiPos	Finanzposition Bezeichnung	Rechnung 2004	Rechnung 2005	Rechnung 2006	Rechnung 2007	Rechnung 2008	Rechnung 2009	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Rechnung 2013	Rechnung 2014
Finanzstelle 2550 Schaffhauser Polizei												
301 0000	Besoldungen	16'151'973	15'910'289	16'222'429	16'808'446	16'725'626	17'507'467	17'791'885	18'064'709	18'822'801	19'275'425	19'695'886
301 3000	Besondere Entschädigungen	176'445	186'273	191'855	208'402	260'942	240'316	242'376	255'363	262'483	255'690	258'547
301 3100	Nachtdienstentschädigungen	273'129	263'332	266'037	280'607	316'244	329'805	324'198	310'223	300'523	297'605	286'603
301 3200	Aussendienstzulagen	198'722	203'704	234'126	250'613	240'103	258'477	266'175	263'094	270'951	273'769	290'496
303 0000	Arbeitgeberbeiträge an Sozialversicherungen	2'876'908	2'947'472	3'072'644	3'244'260	3'239'002	3'532'975	3'587'705	3'646'734	3'700'618	3'744'033	4'099'744
306 0001	Uniformierung	220'146	167'950	227'379	261'759	257'738	216'895	241'902	227'381	221'142	215'586	194'735
307 2000	Übergangsrenten	136'939	137'282	111'375	117'351	105'638	111'265	83'676	60'732	56'788	135'906	114'827
309 1000	Ausbildung und Instruktion	171'718	145'772	203'427	161'960	135'934	161'940	209'154	253'078	266'793	293'944	296'213
309 1010	Ostschweizer Polizeischule: Schulgelder	0	0	254'980	228'137	294'590	214'831	222'285	312'296	441'254	476'278	197'677
310 0002	Bürokosten und Drucksachen	125'402	160'107	166'020	161'606	166'429	157'306	171'835	174'629	163'323	166'081	202'978
310 1000	Fahndungsblätter und elektronisches Fahndungssystem	1'728	0	0	0	0	0	0				
311 0000	Büromaschinen	2'519	2'829	1'960	5'183	2'545	6'653	9'140	3'217	2'806	3'916	0
311 1001	Anschaffung Motorfahrzeuge	342'353	350'495	388'749	336'778	395'654	472'155	402'110	628'375	386'851	476'303	380'414
311 3001	Anschaffung und Unterhalt Geräte	230'628	158'891	313'358	205'105	430'896	403'569	404'731	445'945	438'239	335'360	468'997
311 3010	Verkehrssicherheitsanlagen - Anschaffungen und Anpassungen	0	411'626	61'913	200'616	252'660	0	0	150'418	0	0	469'552
311 3100	Betriebskosten Funk	80'022	77'515	51'730	49'903	208'983	200'556	209'199	236'200	247'787	239'346	227'232
311 3120	Ersatz Polycomgeräte								0	0	0	105'732
311 9500	Anschaffungen IT-Kleingeräte und -Lizenzen	176'319	150'403	57'427	67'948	107'580	132'818	139'239	103'137	108'018	110'389	124'444
311 9510	Informatik- und eGov-Projekte	0	0	191'422	91'253	15'442	162'691	120'976	420'975	279'830	175'688	221'917
313 1003	Bewaffnung und Ausrüstung	358'628	252'841	294'084	288'734	252'190	339'075	414'351	416'629	435'744	840'741	437'652
313 1100	Material Erkennungsdienst	33'210	21'476	24'497	28'243	23'114	28'748	20'687	19'541	23'616	23'790	26'836
315 0002	Unterhalt Büromaschinen	2'289	1'455	1'696	2'516	2'728	394	3'500	810	1'191	441	0
315 1000	Unterhalt Motorfahrzeuge	215'589	215'513	229'091	241'160	479'189	459'610	492'930	498'409	495'474	558'303	476'177
315 2000	Unterhalt/Betrieb Einsatzzentrale	144'676	142'960	192'711	298'604	108'074	295'427	205'312	247'835	256'269	241'361	299'100
315 9500	Betriebskosten IT	261'772	265'034	222'264	245'786	256'671	255'077	283'103	305'023	402'869	387'118	369'628
316 0001	Mieten und Unterhalt der Polizeistationen	113'820	79'633	117'147	131'205	123'066	153'437	145'595	142'706	177'756	161'914	159'922
317 0000	Reiseentschädigungen	16'158	19'367	20'098	18'295	15'623	21'459	25'534	21'857	29'048	17'036	18'998
317 0100	Fahrzeugentschädigungen	4'118	6'988	10'155	18'412	15'058	19'879	15'953	26'706	22'303	20'771	13'500
317 0200	Transport- und Verpflegungskosten	79'019	74'542	104'329	82'113	72'650	93'999	100'919	104'487	116'604	109'688	111'110
318 0201	Telefongebühren	270'013	280'050	282'390	275'564	274'029	221'952	273'605	245'589	302'119	324'602	165'444
318 0202	Telefoninfrastruktur								0	0	0	150'263
318 3000	Erziehungsaktionen / Prävention	33'371	33'699	54'400	52'476	52'064	42'947	69'829	44'983	56'449	70'148	84'657
318 4010	Einzugsprovision Grenzwachtkorps	0	0	0	0	3'667	26'535	15'782	19'946	45'972	83'050	0
318 5003	Untersuchungskosten	147'979	159'196	203'456	227'840	264'832	384'479	406'267	376'785	398'762	450'003	481'466
318 5004	Pikett-Pauschale an Radio Munot	8'608	8'608	8'608	8'608	8'608	8'608	8'608	8'640	0	0	0
318 5013	Entschädigungen an Dritte	91'340	102'980	90'951	91'500	92'230	94'125	105'270	93'582	101'234	93'582	99'215
319 0002	Polizeihunde	10'736	19'040	19'330	17'155	23'314	20'380	26'588	30'428	27'337	32'670	27'326
319 1000	Verschiedene Ausgaben	34'126	90'136	60'678	40'567	102'015	68'424	91'417	135'485	123'085	73'224	79'714
319 1003	Dislokationskosten	2'500	0	0	0	0	0	0				
361 0300	Ostschweizer Polizeischule: Sockelbeitrag	0	0	58'510	47'732	79'017	86'949	88'717	85'880	87'831	83'736	85'588
365 0000	Staatsbeiträge	31'949	33'834	53'399	67'025	67'305	77'530	80'128	100'156	96'160	114'843	132'432
390 0019	Beitrag TBA an Betrieb SVKZ (2322.490.0021)	0	0	0	0	0	0	0				
Total Aufwand		**23'024'850**	**23'081'294**	**24'064'625**	**24'863'460**	**25'471'449**	**26'808'751**	**27'300'680**	**28'481'982**	**29'170'031**	**30'162'337**	**30'855'022**
Veränderung zum Vorjahr			0.2%	4.3%	3.3%	2.4%	5.3%	1.8%	4.3%	2.4%	3.4%	2.3%
Entwicklung seit **2004**			0.2%	4.5%	8.0%	10.6%	16.4%	18.6%	23.7%	26.7%	31.0%	34.0%
Entwicklung seit **2008**						0.0%	5.3%	7.2%	11.8%	14.5%	18.4%	21.1%

Rechnung Schaffhauser Polizei - Mehrjahresvergleich — Geschäftsjahr 2004 - 2014

FiPos	Finanzposition Bezeichnung	Rechnung 2004	Rechnung 2005	Rechnung 2006	Rechnung 2007	Rechnung 2008	Rechnung 2009	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Rechnung 2013	Rechnung 2014
431 0000	Gebühren	8'000	4'000	3'000	6'400	1'300	0	0				
434 1000	Entschädigungen für Bewachungen	73'326	22'861	37'522	37'402	37'071	0	238	741	0	21'416	34'887
434 1100	Vergütungen für Sach- und Dienstleistungen	296'112	355'354	288'438	291'224	342'724	330'619	308'030	302'167	296'191	302'787	318'130
434 1106	Vergütungen für Sach- und Dienstleistungen (inkl. MWST)								0	0	0	0
434 1200	Rückvergütung von Transport- und Verpflegungskosten	98'152	51'316	28'471	25'518	19'311	10'643	15'343	19'159	16'473	23'599	9'158
436 0000	Besoldungsrückvergütungen	136'392	168'396	187'556	272'578	157'854	271'320	323'897	207'752	203'657	198'145	237'661
437 0000	Bussen - Sammelkonto	2'943'254	3'307'990	4'966'068	6'563'990	5'659'977	5'173'456	4'766'676	5'150'624	4'889'020	5'229'372	5'900'242
439 0209	Verschiedene Einnahmen (MWST-Pauschale 5,2%)								0	0	0	0
439 1000	Verschiedene Einnahmen	476'564	439'465	444'906	485'896	728'818	658'321	688'430	664'698	679'485	754'092	960'413
439 1020	Benzinsäule der SH Polizei (inkl. MWST)								0	0	0	0
450 0000	Kostenrückvergütung des Bundes	15'000	40'000	25'000	25'000	25'000	25'000	25'000	25'000	25'000	25'000	25'000
460 1029	Entschädigungen des Bundes für Schwerverkehrskontrolle	584'680	490'584	536'088	550'760	0	0	0	0	0	154'168	481'270
461 1020	Ostschweizer Polizeischule: Rückerstattung Instruktorentätigkeit	0	0	0	59'410	56'160	63'656	65'017	61'620	70'460	70'000	65'742
462 0001	Beitrag der Stadt Schaffhausen an Polizei	4'974'614	4'974'614	5'089'030	5'089'030	3'642'865	3'751'937	3'751'937	3'751'937	3'751'937	3'751'937	3'751'937
462 0002	Beitrag der Gemeinde Neuhausen an Polizei	260'997	260'997	267'000	267'000	271'005	278'933	278'933	278'933	278'933	278'933	278'933
462 0003	Beitrag übriger Gemeinden an Polizei	215'717	215'717	220'678	220'678	223'990	228'045	228'045	228'045	228'045	228'045	228'045
490 0000	Anteil Verkehrssteuer auf Wasserfahrzeugen (2543.390.0200)	51'000	51'000	38'000	38'000	38'000	38'000	38'000	38'000	38'000	38'000	38'000
490 0040	Verrechnung für Leistungen zugunsten Strassenverkehrs- und Schifffahrtsamt (2371.390.0040)								0	83'333	200'000	200'000
Total Ertrag		**10'133'808**	**10'382'293**	**12'131'758**	**13'932'886**	**11'204'074**	**10'829'928**	**10'489'546**	**10'728'677**	**10'560'533**	**11'275'493**	**12'529'417**
Veränderung zum Vorjahr			2.5%	16.9%	14.8%	-19.6%	-3.3%	-3.1%	2.3%	-1.6%	6.8%	11.1%
Entwicklung seit **2004**			2.5%	19.7%	37.5%	10.6%	6.9%	3.5%	5.9%	4.2%	11.3%	23.6%
Entwicklung seit **2008**						0.0%	-3.3%	-6.4%	-4.2%	-5.7%	0.6%	11.8%
Nettoaufwand Schwerverkehrskontrollzentrum						**-148'767**	**-209'520**	**44'539**	**-3'404**	**-2'393**	**114'107**	**9'481**
Nettoaufwand inkl. SVZ		**12'891'042**	**12'699'001**	**11'932'867**	**10'930'575**	**14'118'608**	**15'769'303**	**16'855'672**	**17'749'902**	**18'607'105**	**19'000'951**	**18'335'085**
Veränderung zum Vorjahr			-1.5%	-6.0%	-8.4%	29.2%	11.7%	6.9%	5.3%	4.8%	2.1%	-3.5%
Entwicklung seit **2004**			-1.5%	-7.4%	-15.2%	9.5%	22.3%	30.8%	37.7%	44.3%	47.4%	42.2%
Entwicklung seit **2008**						0.0%	11.7%	19.4%	25.7%	31.8%	34.6%	29.9%
Beitrag Stadt Schaffhausen		**4'974'614**	**4'974'614**	**5'089'030**	**5'089'030**	**3'642'865**	**3'751'937**	**3'751'937**	**3'751'937**	**3'751'937**	**3'751'937**	**3'751'937**
Veränderung zum Vorjahr			0.0%	2.3%	0.0%	-28.4%	3.0%	0.0%	0.0%	0.0%	0.0%	0.0%
Entwicklung seit 2004			0.0%	2.3%	2.3%	-26.8%	-24.6%	-24.6%	-24.6%	-24.6%	-24.6%	-24.6%
Beitrag Stadt Schaffhausen (bereinigt um Finanzausgleich 2004-2008)		3'474'614	3'474'614	3'589'030	3'589'030	3'642'865	3'751'937	3'751'937	3'751'937	3'751'937	3'751'937	3'751'937
Veränderung zum Vorjahr			0.0%	3.3%	0.0%	1.5%	3.0%	0.0%	0.0%	0.0%	0.0%	0.0%
Entwicklung seit **2004**			0.0%	3.3%	3.3%	4.8%	8.0%	8.0%	8.0%	8.0%	8.0%	8.0%
Entwicklung seit **2008**							3.0%	3.0%	3.0%	3.0%	3.0%	3.0%
Beträge andere Gemeinden		**476'714**	**476'714**	**487'678**	**487'678**	**494'995**	**506'978**	**506'978**	**506'978**	**506'978**	**506'978**	**506'978**
Veränderung zum Vorjahr			0.0%	2.3%	0.0%	1.5%	2.4%	0.0%	0.0%	0.0%	0.0%	0.0%
Entwicklung seit **2004**			0.0%	2.3%	2.3%	3.8%	6.3%	6.3%	6.3%	6.3%	6.3%	6.3%
Entwicklung seit **2008**						0.0%	2.4%	2.4%	2.4%	2.4%	2.4%	2.4%
Beiträge Gemeinden		**3'951'328**	**3'951'328**	**4'076'708**	**4'076'708**	**4'137'860**	**4'258'915**	**4'258'915**	**4'258'915**	**4'258'915**	**4'258'915**	**4'258'915**
Veränderung zum Vorjahr			0.0%	3.2%	0.0%	1.5%	2.9%	0.0%	0.0%	0.0%	0.0%	0.0%
Entwicklung seit **2004**			0.0%	3.2%	3.2%	4.7%	7.8%	7.8%	7.8%	7.8%	7.8%	7.8%
Entwicklung seit **2008**						0.0%	2.9%	2.9%	2.9%	2.9%	2.9%	2.9%
Wirkung Massnahme K-014												**4'684'807**
+10%												425'892
Entwicklung seit 2008												13.2%


Schaffhauser Polizei - Entwicklung der Finanzposition seit 2008
40%
35%
30%
25%
20%
15%
10%
5%
0%
-5%
-10%
indexiert
2008
2009
2010
2011
2012
2013
2014
29.9%
21.1%
13.2%
11.8%
2.9%
Total Aufwand
Total Ertrag
Nettoaufwand inkl. SVZ
Beiträge Gemeinden
Wirkung Massnahme K-014

K-018 Senkung Divisor Ehepaarsplitting

Kantonale Steuerverwaltung 26.04.2013
Abt. Nat. Personen

Entlastungsprogramm 2014 - Auftrag 14.2 "Reduktion Splittingfaktor"

Datenbestand 2011

Simulation Steuerjahr 2011

Kantonssteuer mit Faktor	1.9	183'923'773
Kantonssteuer mit Faktor	1.8	186'418'392
Mehrertrag Kantonssteuer bei Splittingfaktor 1.8		**2'494'619**

Total Gemeindesteuern bei Faktor	1.9	158'376'378
Total Gemeindesteuern bei Faktor	1.8	160'530'123
Mehrertrag Total Gemeindesteuern bei Splittingfaktor 1.8		**2'153'745**

Gemeindesteuer Stadt Schaffhausen	1.9	77964962
Gemeindesteuer Stadt Schaffhausen	1.8	78'948'688
Mehrertrag Gemeindesteuer Stadt SH bei Splittingfaktor 1.8		**983'726**

SH, 26.4.13 -hs-

K-018 Senkung Divisor Ehepaarsplitting von 1.9 auf 1.8

Modellrechnungen **Auswirkung Splitting von 1.9 auf 1.8** 4.9.14hs

	Ehepaar		Konkubinat		Konkubinat		Konkubinat		Konkubinat		
			Beispiel 1		Beispiel 2		Beispiel 3		Beispiel 3		
	heute Splitting 1.9 ohne Kind *)	Vorschlag Splitting 1.8. ohne Kind *)	Mann ohne Kind	Frau ohne Kind	Mann ohne Kind	Frau ohne Kind	Mann ohne Kind	Frau ohne Kind	Mann mit Kind **) Splitting 1.9	Mann mit Kind **) Splitting 1.8	Frau ohne Kind
steuerpflichtiges Einkommen	99'200	99'200	50'000	50'000	100'000	0	75'000	25'000	75'000	75'000	25'000
Satzbestimmendes Einkommen	52'200	55'100	50'000	50'000	100'000	0	75'000	25'000	75'000	75'000	25'000
Steuersatz	5.66480	5.8403	5.518	5.518	7.995	0	6.9933	3.404	4.7056	4.8798	3.404
einfache Steuer (Einkommen * Steuersatz)	5'619	5'794	2'759	2'759	7'995	0	5'245	851	3'529	3'660	851
Steuerfuss (Kt. + Stadt)	210%	210%	210%	210%	210%	210%	210%	210%	210%	210%	210%
Summe Kantons- & Gemeindesteuer	**11'801**	**12'167**	**5'794**	**5'794**	**16'790**	**0**	**11'014**	**1'787**	**7'411**	**7'686**	**1'787**
Mehrsteuer durch Reduktion Splittingfaktor		**366**								**274**	
Gesamtsteuer Konkubinatspaar				**11'588**		**16'790**		**12'802**	**9'198**	**9'473**	
Mindersteuer gegenüber Ehepaar Splitting 1.9				**-213**					**-2'602**		
Mindersteuer gegenüber Ehepaar Splitting 1.8				**-579**						**-2'694**	
Mehrsteuer gegenüber Ehepaar Splitting 1.9						**4'989**		**1'001**			
Mehrsteuer gegenüber Ehepaar Splitting 1.8						**4'623**		**635**			

*) steuerpflichtiges Einkommen ./. 800 Ehegattenabzug
**) im Beispiel wurden keine Kinderabzüge berücksichtigt, lediglich die Tarifänderung

	Ehepaar				Konkubinat		
					Beispiel 3		
	heute Splitting 1.9 ohne Kind *)	Vorschlag Splitting 1.8. ohne Kind *)			Mann ohne Kind	Frau ohne Kind	
steuerpflichtiges Einkommen	74'200	74'200			50'000	25'000	
Satzbestimmendes Einkommen	39'000	41'200			50'000	25'000	
Steuersatz	4.67180	4.8495			5.518	3.404	
einfache Steuer (Einkommen * Steuersatz)	3'466	3'598			2'759	851	
Steuerfuss (Kt. + Stadt)	210%	210%			210%	210%	
Summe Kantons- & Gemeindesteuer	**7'280**	**7'556**			**5'794**	**1'787**	
Mehrsteuer durch Reduktion Splittingfaktor		**276**					
Gesamtsteuer Konkubinatspaar						**7'581**	
Mindersteuer gegenüber Ehepaar Splitting 1.9							
Mindersteuer gegenüber Ehepaar Splitting 1.8							
Mehrsteuer gegenüber Ehepaar Splitting 1.9						**301**	
Mehrsteuer gegenüber Ehepaar Splitting 1.8						**25**	

*) steuerpflichtiges Einkommen ./. 800 Ehegattenabzug
**) im Beispiel wurden keine Kinderabzüge berücksichtigt, lediglich die Tarifänderung

K-018 Senkung Divisor Ehepaarsplitting von 1.9 auf 1.8

Vergleich Kantonssteuerbelastung Splittingfaktor 1,9 / 1,8

(Basis Steuerfuss Kanton 2014: 112%)

Steuerbares	**Splittingfaktor 1,9**			**Splittingfaktor 1,8**			**Mehrsteuer**	**Mehrsteuer**
Einkommen	**Steuersatz**	**einfache Steuer**	**Kantonssteuer**	**Steuersatz**	**einfache Steuer**	**Kantonssteuer**	**Kanton**	**Kanton**
CHF	%	CHF	CHF	%	CHF	CHF	CHF	%
10'000	0.0000	0.00	0.00	0.0000	0.00	0.00	0.00	0.00
20'000	0.9905	198.10	221.87	1.1532	230.64	258.32	36.44	16.43
30'000	2.1783	653.50	731.92	2.3313	699.39	783.32	51.40	7.02
40'000	2.9095	1'163.80	1'303.46	3.0766	1'230.64	1'378.32	74.86	5.74
50'000	3.5323	1'766.15	1'978.09	3.6570	1'828.50	2'047.92	69.83	3.53
60'000	4.0349	2'420.95	2'711.46	4.1952	2'517.12	2'819.17	107.71	3.97
70'000	4.4728	3'130.95	3'506.66	4.6546	3'258.22	3'649.21	142.54	4.06
80'000	4.9169	3'933.50	4'405.52	5.0788	4'063.04	4'550.60	145.08	3.29
90'000	5.3192	4'787.30	5'361.78	5.5180	4'966.20	5'562.14	200.37	3.74
100'000	5.6901	5'690.10	6'372.91	5.8631	5'863.10	6'566.67	193.76	3.04
110'000	6.0035	6'603.85	7'396.31	6.2193	6'841.23	7'662.18	265.87	3.59
120'000	6.3391	7'606.90	8'519.73	6.5315	7'837.80	8'778.34	258.61	3.04
130'000	6.6228	8'609.65	9'642.81	6.8380	8'889.40	9'956.13	313.32	3.25
140'000	6.9171	9'683.95	10'846.02	7.1326	9'985.64	11'183.92	337.89	3.12
150'000	7.1914	10'787.10	12'081.55	7.3926	11'088.90	12'419.57	338.02	2.80
160'000	7.4311	11'889.75	13'316.52	7.6160	12'185.60	13'647.87	331.35	2.49
170'000	7.6387	12'985.80	14'544.10	7.8167	13'288.39	14'883.00	338.90	2.33
180'000	7.8268	14'088.25	15'778.84	7.9950	14'391.00	16'117.92	339.08	2.15
190'000	7.9955	15'190.50	17'013.36	8.1517	15'488.23	17'346.82	333.46	1.96
200'000	8.1435	16'287.00	18'241.44	8.2952	16'590.40	18'581.25	339.81	1.86
210'000	8.2805	17'389.05	19'475.74	8.4228	17'687.88	19'810.43	334.69	1.72
220'000	8.4028	18'486.15	20'704.49	8.5409	18'789.98	21'044.78	340.29	1.64
230'000	8.5165	19'587.95	21'938.50	8.6468	19'887.64	22'274.16	335.65	1.53
240'000	8.6207	20'689.70	23'172.46	8.7457	20'989.68	23'508.44	335.98	1.45
250'000	8.7148	21'787.00	24'401.44	8.8350	22'087.50	24'738.00	336.56	1.38
260'000	8.8034	22'888.85	25'635.51	8.9425	23'250.50	26'040.56	405.05	1.58
270'000	8.8930	24'011.10	26'892.43	9.0567	24'453.09	27'387.46	495.03	1.84
280'000	9.0027	25'207.55	28'232.46	9.1608	25'650.24	28'728.27	495.81	1.76
290'000	9.1068	26'409.70	29'578.86	9.2595	26'852.55	30'074.86	495.99	1.68
300'000	9.2022	27'606.60	30'919.39	9.3499	28'049.70	31'415.66	496.27	1.61
310'000	9.2931	28'808.60	32'265.63	9.4361	29'251.91	32'762.14	496.51	1.54
320'000	9.3783	30'010.55	33'611.82	9.5155	30'449.60	34'103.55	491.74	1.46
330'000	9.4568	31'207.45	34'952.34	9.5914	31'651.62	35'449.81	497.47	1.42
340'000	9.5321	32'409.15	36'298.25	9.6615	32'849.10	36'790.99	492.74	1.36
350'000	9.6031	33'610.85	37'644.15	9.7289	34'051.15	38'137.29	493.14	1.31
360'000	9.6690	34'808.40	38'985.41	9.7925	35'253.00	39'483.36	497.95	1.28
370'000	9.7324	36'009.90	40'331.09	9.8516	36'450.92	40'825.03	493.94	1.22
380'000	9.7925	37'211.50	41'676.88	9.9000	37'620.00	42'134.40	457.52	1.10
390'000	9.8484	38'408.75	43'017.80	9.9000	38'610.00	43'243.20	225.40	0.52
400'000	9.9000	39'600.00	44'352.00	9.9000	39'600.00	44'352.00	0.00	0.00

K-018 Senkung Divisor Ehepaarsplitting					
Vergleich Steuerbelastung Verheiratete SH, ZH, TG					
(Basis 2013, ohne Kirchensteuer, ohne Personalsteuer)					
	Stadt SH	**Stadt SH**			
Einkommen	**Splitting 1,9**	**Splitting 1,8**	**Feuerthalen**	**Dachsen**	**Diessenhofen**
CHF	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF
30'000	1'372.35	1'468.75	991.15	963.50	405.85
50'000	3'708.90	3'839.85	3'053.00	2'967.80	3'129.25
70'000	6'575.00	6'842.20	5'820.05	5'657.65	6'333.25
100'000	11'949.20	12'312.50	10'504.90	10'211.75	11'940.25
150'000	22'652.90	23'286.70	19'687.55	19'138.15	21'285.35
200'000	34'202.70	34'839.85	30'022.60	29'184.75	31'164.25
300'000	57'973.85	58'904.35	53'468.35	51'976.20	51'189.50
400'000	83'160.00	83'160.00	80'255.20	78'015.50	72'549.25

K-019 Berechnungen Kapitalabfindungen

Kantonale Steuerverwaltung Schaffhausen
Abt. Nat. Personen

Mehrertrag aus Kapitalabfindungen bei einer Besteuerung zu 1/4 statt zu 1/5 des Tarifs nach Art. 38 StG

Besteuerung heute nach Art. 40 StG, *zu einem Fünftel des ordentlichen Tarifs.*

eff. Kantonssteuereinnahmen 2013	(Besteuerung zu 1/5)	3'691'223	
Vorschlag: Besteuerung *zu einem Viertel des ordentlichen Tarifs.*			**Mehrertrag:**
Kantonssteuereinnahmen 2013	(Besteuerung zu 1/4)	4'614'028	**922'805**

Auswirkungen für Steuerpflichtige (Kantons-, Gemeinde-, direkte Bundessteuern:

	Kapitalabfindung Fr. 100'000		**Kapitalabfindung Fr. 250'000**		**Kapitalabfindung Fr. 750'000**		**Kapitalabfindung Fr. 1'000'000**		**Kapitalabfindung Fr. 2'000'000**	
	verheiratet	übrige	verheiratet	übrige	verheiratet	übrige	verheiratet	übrige	verheiratet	übrige
Besteuerung heute (1/5)	2'784	3'933	12'962	14'427	47'995	48'415	64'580	64'580	129'160	129'160
Besteuerung zu 1/4	3'382	4'773	15'250	17'026	55'793	56'213	74'975	74'975	149'950	149'950
Mehrsteuer	**598**	**840**	**2'288**	**2'599**	**7'798**	**7'798**	**10'395**	**10'395**	**20'790**	**20'790**

SH, 22.1.2015-hs-

K-019 Anpassung Besteuerung Kapitalabfindungen

Modellrechnung Kapitalabfindungen 9.9.14 hs

				einfache Steuer bisher (ord. Steuer / 5)		einfache Steuer neu (ord. Steuer / 4)		Mehrbelastung Kantonshauptort Kantons- und Gemeindesteuer	
Segment der Kapitalabfindungshöhe	**Anzahl**	**einfache Steuer**	einfache Steuer bei	**allein**	**verheiratet**	**allein**	**verheiratet**	**allein**	**verheiratet**
0 - 49999	804	113'003	25'000	170	81	213	101	89	43
50000 - 99999	440	331'267	75'000	1'049	706	1'311	883	551	371
100000 - 149999	179	302'818	125'000	2'149	1'621	2'686	2'026	1'128	851
150000 - 199999	70	193'295	175'000	3'317	2'708	4'146	3'385	1'741	1'422
200000 - 249999	55	219'840	225'000	4'455	3'808	5'569	4'760	2'339	1'999
250000 - 499999	93	614'239	375'000	7'425	7'322	9'281	9'153	3'898	3'844
500000 - 1 Mio.	33	424'053	750'000	14'850	14'850	18'563	18'563	7'796	7'796
über 1 Mio.	16	617'337	1'000'000	19'800	19'800	24'750	24'750	10'395	10'395
	1690	2'815'852							

K-019 Berechnungen Kapitalabfindungen

Besteuerung Kapitalabfindungen in der Schweiz 2014

Rang	Kanton	Auszahlung **100'000** Steuer
1	SZ	1'550
2	ZG	2'123
3	SH	2'784
4	AI	2'992
5	GE	3'198
6	GR	3'244
7	AG	3'526
8	BL	3'694
9	BE	3'926
10	SO	3'994
11	UR	4'175
12	TI	4'294
13	LU	4'312
14	NW	4'511
15	SG	4'538
16	VS	4'594
17	ZH	4'774
18	GL	5'114
19	FR	5'115
20	BS	5'144
21	JU	5'164
22	OW	5'441
23	TG	5'654
24	AR	5'869
25	VD	5'967
26	NE	6'214

Rang	Kanton	Auszahlung **250'000** Steuer
1	SZ	9'691
2	GR	10'937
3	BL	12'062
4	AI	12'312
5	ZG	12'511
6	SH	12'962
7	UR	13'265
8	TI	13'562
9	GE	14'750
10	ZH	14'762
11	BE	15'484
12	VS	15'510
13	GL	15'612
14	AG	15'724
15	SG	16'115
16	SO	16'214
17	OW	16'430
18	TG	16'962
19	LU	17'385
20	NW	17'451
21	AR	17'500
22	JU	17'883
23	BS	20'562
24	NE	21'474
25	FR	22'517
26	VD	23'103

Rang	Kanton	Auszahlung **750'000** Steuer
1	AI	43'512
2	UR	45'170
3	TI	46'062
4	SH	47'995
5	ZG	48'628
6	GL	52'212
7	GR	53'844
8	OW	54'666
9	TG	56'262
10	GE	58'131
11	NW	58'970
12	SO	59'534
13	SZ	60'221
14	AG	61'152
15	JU	62'083
16	LU	63'735
17	AR	64'262
18	BL	64'662
19	BE	65'431
20	NE	70'542
21	SG	73'145
22	BS	73'562
23	VS	76'812
24	ZH	83'761
25	FR	89'997
26	VD	93'858

Rang	Kanton	Auszahlung **1'000'000** Steuer
1	AI	58'600
2	UR	60'810
3	SH	64'580
4	ZG	66'175
5	GL	70'200
6	GR	72'400
7	OW	73'472
8	TG	75'600
9	NW	79'210
10	SO	79'963
11	GE	80'567
12	TI	82'723
13	JU	83'871
14	AG	84'277
15	LU	86'598
16	AR	88'700
17	SZ	90'000
18	BE	93'032
19	NE	94'764
20	BL	95'600
21	BS	99'750
22	VS	103'000
23	SG	111'060
24	FR	123'425
25	ZH	130'003
26	VD	130'207

Rang	Kanton	Auszahlung **2'000'000** Steuer
1	AI	117'200
2	UR	121'620
3	SH	129'160
4	ZG	134'615
5	GL	140'400
6	GR	144'800
7	OW	146'944
8	TG	151'200
9	NW	158'420
10	SO	159'925
11	JU	169'271
12	GE	170'160
13	LU	174'800
14	AG	175'028
15	SZ	180'000
16	AR	184'700
17	NE	189'902
18	BL	194'500
19	BS	202'750
20	VS	206'000
21	BE	206'315
22	SG	253'200
23	FR	255'385
24	VD	273'850
25	TI	318'310
26	ZH	351'812

Quelle: TaxWare

Rang bei einer Besteuerung zu einem Viertel des Tarifs

22.1.2015-hs-

EP2014
K-021 Reduktion Pendlerabzug

Aktualisierung der Textabschnittes betr. Kantonsvergleich im Dokument "S-4 Natürliche Personen Pendlerabzug"

Kanton	Maximale Höhe des Abzuges	Stand am 19.01.2015
Obwalden	3'000	Regierungsvorlage
Bern	3'000	Regierungsvorlage
Zürich	3'000	Regierungsvorlage
Thurgau	4'500	Regierungsvorlage
Nidwalden	6'000	Regierungsvorlage
Solothurn	3'000 bis 5'000	Vorstoss hängig
St. Gallen	GA 2. Klasse (zur Zeit Fr. 3'655)	Vom Parlament beschlossen, Referendum angedroht
Appenzell Ausserrhoden	6'000	Angenommen
Appenzell Innerrhoden	Keine Obergrenze	Angenommen
Aargau	3'000	Abgelehnt
Luzern	3'000	Abgelehnt

19.01.15/MD RD KStV

Kantonale Steuerverwaltung
Abt. Nat. Personen

21.010.2014-hs-

K-021 Reduktion Pendlerabzug - Modellrechnungen
Datenbasis 2011

Einzelperson/Ehemann/P1		**Gesamtabzug in den Steuererklärungen in Fr.**	**davon über Fr. 3'000**	**davon über 3'800**	**davon über Fr. 5'800**
Code 201	Fahrtkosten mit dem ÖV	4'924'423			
Code 202	Fahrrad	1'073'281			
Code 204	privates Motorfahrzeug	59'324'708			
Total		**65'322'412**	**40'879'940**	**35'717'535**	**25'869'359**
Ehefrau / P2		**Gesamtabzug**			
Code 221	Fahrtkosten mit dem ÖV	2'441'313			
Code 222	Fahrrad	1'819'230			
Code 224	privates Motorfahrzeug	7'817'160			
Total		**12'077'703**	**3'787'576**	**3'010'777**	**1'601'570**
Total Summe über …….		**77'400'115**	**44'667'516**	**38'728'312**	**27'470'929**
Einfache Steuer (Annahme 5.64%)		**4'365'366**	**2'519'248**	**2'184'277**	**1'549'360**
Kantonssteuer (112 %)		**4'889'210**	**2'821'558**	**2'446'390**	**1'735'284**
Gemeinden (99.82%)		**4'357'509**	**2'514'713**	**2'180'345**	**1'546'572**

Mehrsteuern Kanton und Gemeinden, Baisis 2011

K-021 Auswirkungen Kürzung Pendlerabzug auf Fr. 3'000
Segment des Fahrtkostenabzuges, bezogen auf das Steuerjahr 2011

Abzug von		bis	Anzahl betroffene Personen	Weniger Steuerabzug	**Höhere Steuerbelastung durch Reduktion 1)**
0	-	3'000	8'305		
3'001	-	5'800	3'708	2'800	**335**
5'801	-	10'000	1'941	7'000	**836**
10'001	-	15'000	1'494	12'000	**1'434**
15'001	-	20'000	865	17'000	**2'031**
20'001	-	25'000	208	22'000	**2'628**
über	-	25'000	73	30'000	**3'584**
Total Steuerpflichtige mit einem Abzug			16'594		

Davon betroffene Personen bei einer Beschränkung auf einen max. Abzug von Fr. 3'000 **8'289**

Entsprechen **7207 Steuerdossiers**

1) max. geringfügiger Abzug * durchschnittlicher Steuersatz = einfache Steuer * Kantons- und Gemeindesteuerfuss
(2'800 * 5.64% * 211.82%)